

Rundschreiben **Eingliederungshilfe und Rehabilitation Saarland**

Anbei die aktuellsten Fachinformationen aus dem Bereich Eingliederungshilfe und Rehabilitation Saarland. Über den farbig hinterlegten Hinweis „weiterlesen“ gelangen Sie auf die jeweils hinterlegte Infowebsite.

Freundliche Grüße
Anne Steinmann

Eingliederungshilfe

Newsletter Freiwilligendienste Mai 2023

Das Team Freiwilligendienste des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland e. V berichtet über eine hohe Nachfrage an Bewerber*innen aus dem Nicht-EU-Ausland, die den Freiwilligendienst nutzen möchten, um Sprache und Kultur in Deutschland kennenzulernen und sich für eine anschließende Ausbildung vorzubereiten. Hier suchen wir dringend Wohnmöglichkeiten, nachzulesen auch auf der letzten Seite in unserem aktuellen Newsletter (s. Anhang). Die Einsatzstellen der Freiwilligen sollen die Unterkunft finanzieren oder den Freiwilligen einen Zuschuss dafür zahlen (Grundlage ist die Sachbezugsentgeltverordnung). Kontaktdaten: Frau Juliette Ronceray, Handy: 0173-4648296, E-Mail: juliette.ronceray@paritaet-freiwilligendienste.de.

[PDF siehe Anhang](#)

Gesetzentwurf zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes kann in Kraft treten

In seiner Sitzung am 12.5.2023 stimmte der Bundesrat dem Gesetzentwurf zu. Mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens kann das Gesetz nun vom Bundespräsidenten ausgefertigt und im Bundesanzeiger veröffentlicht werden.

[Weiterlesen](#)

Das Hinweisgeberschutzgesetz kommt

Der Bundestag hat am 11. Mai 2023 die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem „Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden“ angenommen (BT-Drucks. 20/4909, 20/6700). Tags darauf hat auch der Bundesrat dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) zugestimmt (BR-Drucks. 210/23).

[Weiterlesen](#)

Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland - und zur Änderung weiterer Gesetze

[PDF siehe Anhang](#)

Reha-Recht

[„Mobilität für Alle“!? – Anmerkung zum Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 20. Mai 2022, Az. L 15 SO 294/18](#)

[Zur Umsetzung der Partizipation in der Bedarfsermittlung und Teilhabeplanung – Forschungsstand](#)

[Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX stärker in den Fokus rücken
Deutscher Behindertenrat fordert teilhabeorientierte Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes](#)

[BAG WfbM fordert digitalen Aufbruch für Werkstätten
Abschlussbericht: Evaluation der EUTB](#)

[Studienassistenz als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben – Anmerkung zu SG Nürnberg, Urteil vom 21.07.2021 – S 22 SO 212/20](#)

Sozialwirtschaft aktuell 8/2023 - Was kostet die Klimaneutralität?

In der aktuellen Ausgabe „Sozialwirtschaft aktuell“ ist ein Artikel über die Kosten der Klimaneutralität erschienen.

[PDF siehe Anhang](#)

Klimaschutz in Inklusionsbetrieben

Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Inklusionsbetrieben stehen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen als Teil einer wirtschaftlichen Lieferkette vor besonderen Herausforderungen. Gleichzeitig bietet die Berücksichtigung von ökologischen Aspekten aber auch die Chance, Prozesse neu zu gestalten und neue, nachhaltige Produkte zu entwickeln.

[Weiterlesen](#)

Zwangsmedikation für Untergebrachten mit Patientenverfügung

Eine Patientenverfügung steht einer Zwangsbehandlung in einer Forensischen Psychiatrie nur dann entgegen, wenn sie erkennen lässt, dass der Verfasser auch die Unterbringung, die konkrete Behandlungssituation und die möglichen Konsequenzen einer Nichtbehandlung miterfassen wollte. Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs ist das fraglich, wenn der Patient die Verfügung zu einem Zeitpunkt erstellt hat, in dem er nur gelegentlich Verhaltensauffälligkeiten nicht-aggressiver Art zeigte und eine Unterbringung nicht voraussehbar war.

[Weiterlesen](#)

Sexuelle Selbstbestimmung in Eingliederungshilfe & Veranstaltungshinweise Projekt ReWiKs

Teilnehmende für kurze Online-Befragung gesucht: Im Rahmen des Forschungsprojekts „ReWiKs“ (Reflexion, Wissen, Können) sucht die Humboldt-Universität zu Berlin

Teilnehmende an einer Online-Umfrage zum Thema sexuelle Selbstbestimmung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Angesprochen sind Mitarbeitende der Eingliederungshilfe (Wohnen, Arbeit). Die Umfrage nimmt 5-10 Minuten in Anspruch und wird anonym durchgeführt. Ziel ist es, aussagekräftige Daten zur Bedeutsamkeit des Themas und zu relevanten Rahmenbedingungen zu generieren. Die Befragung ist bis 11.08.2023 geöffnet. [Link](#), [Infos zur Befragung](#).

Informationskampagne des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zum Wohngeld-Plus

Unter dem Titel „Wohngeld-Plus – Sorgenfreier wohnen“ informiert das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen umfassend und mit verschiedenen Materialien rund um die Unterstützung durch das Wohngeld-Plus.

[Weiterlesen](#)

Veranstaltungen

Fachtag des Volkssolidarität Bundesverband e.V. zu Personalgewinnung und -bindung am 1. Juni 2023

Der Fachtag findet in Berlin statt. [Hier](#) können Sie sich anmelden.

[PDF siehe Anhang](#)

8. Fachtag - Teilhabe bis zum Lebensende der DGP-AG Menschen mit Beeinträchtigung

20. Juni 2023 findet der 8. Fachtag "Teilhabe bis zum Lebensende - Gute Versorgung in Krankheit und Alter von Menschen mit intellektueller und komplexer Beeinträchtigung" online statt. [Anmeldung](#).

[PDF siehe Anhang](#)

Inhouse-Workshops für Menschen mit Beeinträchtigungen in Werkstätten und Einrichtungen

Weiterbildungsangebot des Bildungs- und Forschungsinstitut zum Selbstbestimmten Leben Behinderter e.V. (bifos) für Menschen mit Beeinträchtigungen in Werkstätten und Einrichtungen.

[PDF siehe Anhang](#)

Paritätische Online-Inforeihe zum Umgang mit Todeswünschen und Suizidalität

Mit der Online-Inforeihe "Fragen im Kontext der Lebensbeendigung - Umgang mit Todeswünschen und Suizidalität in sozialen Einrichtungen und Diensten" sollen Paritätische Mitgliedsorganisationen auf fachlicher, rechtlicher und organisationaler Ebene in ihrer Handlungsfindung gestärkt und bei der Entwicklung von Handlungskompetenz im Umgang mit Todeswünschen und Suizidgedanken unterstützt werden. Hierfür werden einschlägige

Expert*innen aus Wissenschaft und Fachpraxis in die vierteilige Veranstaltungsreihe eingebunden.

[Weiterlesen](#)

Anne Steinmann
Referentin



Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.
Feldmannstraße 92
66119 Saarbrücken

Tel: +49 681-92660-20 Fax: +49 681-92660-40

Mobil: +49 171-4 666 964

1. Vorsitzende: Gaby Schäfer | Landesgeschäftsführer: Michael Hamm
Sitz: Saarbrücken, Vereinsregister Nr.: VR 2490, Amtsgericht Saarbrücken